

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

**Protokoll der 76. Sitzung des Fachbereichs „Soziale Psychiatrie“
vom 19.4.2012 in Wilhelmshaven**

Anwesende: siehe Teilnehmerliste (**Anlage I**)

Beginn: 10.40 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

TOP 1: Eröffnung und Begrüßung

Herr Pfaus eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der 75. Fachbereichsversammlung

Das Protokoll der 75. Fachbereichsversammlung vom 7.4.2011 in Uelzen wird genehmigt.

TOP 3 Gemeinsamen Empfehlungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen, des Nds. Landkrestages und des Nds. Städtetages zum ambulant betreuten Wohnen im Rahmen der Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) ab 01.04.2012

Herr Döring berichtet über den Entstehungsprozess dieser neuen Empfehlung. Infolge der sehr unterschiedlichen Motivationen und Kenntnisstände der VerhandlerInnen ist leider nicht die gesamte Bandbreite der vorhandenen Ausprägungen des ambulant Betreuten Wohnens von diesen Empfehlungen erfasst.

Die Mitglieder bestätigen, dass diese Empfehlungen für die Erbringer von Fachleistungsstunden eine wichtige Arbeitshilfe für Verhandlungen mit den örtlichen Kostenträgern sein kann. Aus der Verhandlungspraxis werden Schwierigkeiten bei der Abgrenzung zwischen direkten und indirekten Leistungen mitgeteilt.

Herr Döring wird eine in der Region Hannover vereinbarte Aufstellung der Leistungen und eine Abgrenzungshilfe ambulanter sozialpsychiatrischer Leistungen bezogen auf unterschiedliche Sozialleistungsträger als Info verschicken.

TOP 4 Hilfeplanung durch kommunale Leistungsträger – Stand der Umsetzung, Probleme, Besonderheiten

Von einer AG der Leistungsträger ist jetzt ein Anhang „Ziel erreicht?“ zum „Leitfaden zur individuellen Zielplanung im Rahmen des Gesamtplans für Menschen mit Behinderung“ aus dem Jahr 2009 vorgelegt worden. Das Thema wurde bislang mit der LAGFW nicht abgestimmt.

Mit INFO 1/2012 hat Herr Schellenberg den Fachbereich Eingliederungshilfe Wohnen und die Geschäftsführungen der nach § 75 ff SGB XII finanzierten Einrichtungen über den Anhang und die Ende Februar 2012 dazu erarbeitete Stellungnahme der LAGFW informiert.

Die Mitglieder berichten über regional sehr unterschiedliche Tiefen der Zielplanung; einige Leistungsträger meinen die individuelle Ausgestaltung der Leistungserbringung genau vorgeben zu müssen, andere begnügen sich mit gemeinsam erarbeiteten Grobzielen.

Dabei wird immer wieder versucht, vermeintlich vorrangige Sozialleistungsträger zur Ausgabenminderung bei der Eingliederungshilfe zu instrumentalisieren.

Herr Landmann empfiehlt in strittigen Fällen die Frage der Verantwortung bzw. Haftung in die Verhandlungen einzubringen. Nach seiner Erfahrung lässt sich damit manch „verkantete“ Situation zu Gunsten der Betroffenen lösen.

Inzwischen finden in Niedersachsen wohl flächendeckend Zielplanungen in der Eingliederungshilfe statt.

Die Steuerung der Leistungserbringung durch die Leistungsträger – neudeutsch als „Teilhabemanagement“ bezeichnet - wird nach Berechnungen der ASMK bundesweit etwa 100 Millionen an zusätzlichen Personalkosten für ca. 1.500 Stellen auslösen.

TOP 5: Wahl des Sprechergremiums des Fachbereichs

Die Fachbereichsversammlung wählt die folgenden Personen einstimmig für vier Jahre: Herr Pfaus (GPS Wilhelmshaven), Frau Hetheier (Der Weg, Braunschweig), Herr Fritzsche (FIPS e.V., Lehrte), Herr Landmann, (Hof Windheim gGmbH), Frau Steinmeyer, OBW Emden) und Herr Spannig (Die Brücke, Uelzen) nehmen die Wahl an.

TOP 6: Benennung von Kandidatinnen und Kandidaten zur Verbandsratswahl

Die Fachbereichsversammlung benennt Herrn Kurt Spannig (Die Brücke, Uelzen) , den derzeitigen Verbandsratsvorsitzenden, als Kandidaten des Fachbereichs zur Verbandsratswahl.

TOP 7: Patientenverfügung und Behandlungsvereinbarung – UN-BRK und der Psychiatriealltag

Herr Döring berichtet über die Möglichkeiten, die Rechte der Betroffenen durch die Erstellung einer Patientenverfügung oder einer Behandlungsvereinbarung zu stärken. Diese Vorsorge für Krisensituationen kann die Gefahr von zusätzlichen traumatischen Situationen für die Betroffenen verringern, wenngleich nicht immer Massnahmen gegen den Willen verhindern.

Der gezielte Hinweis auf diese Instrumente der Selbstermächtigung und Selbstbestimmung führt zudem zur Auseinandersetzung mit erlebten Krisensituationen und verbessert das jeweilige individuelle Handlungsrepertoire.

TOP 8: ASMK-Beschlüsse zur Reform der Eingliederungshilfe - Zwischenstand

Die Verbände konnten inzwischen gerüchteweise erfahren, dass es wohl schon einen Gesetzentwurf zu geben scheint, aus dem Herr Künzel, Ministerialdirigent aus Brandenburg, während einer vor kurzem stattgefundenen Sitzung zitierte. Offiziell gibt es nach wie vor keine Einigung zwischen den Ländern und dem Bund über die Verteilung der durch die Reform zu erwartenden zusätzlichen Grundsicherungskosten.

Es bleibt abzuwarten, ob die Kraft der Bundesregierung noch für eine grosse Eingliederungshilfereform in dieser Legislaturperiode ausreicht.

Herr Schellenberg und Herr Döring werden weiterhin zeitnah berichten.

Positionsbestimmung des Paritätischen zu freiheitsbeschränkenden Maßnahmen in der psychiatrischen Versorgung

Der Paritätische Gesamtverband hat jetzt eine Positionsbestimmung zu freiheitsbeschränkenden Maßnahmen in der psychiatrischen Versorgung vorgelegt.

Kritisch wird vor allem die bundesweit uneinheitliche Ausgestaltung der Zwangsmaßnahmen bei psychischen Erkrankungen und das unkontrollierte Anwachsen von geschlossenen Heimplätzen gesehen.

**Die nächste Fachbereichsversammlung findet am 18.Oktober 2012 in Uelzen
statt.**

Nienburg, den 23.4.2012

Bernhard Döring, Fachberater